

# Aufträge nur für Firmen, die Tarif zahlen?

Von Jörg Franze

Werden öffentliche Aufträge in Neubrandenburg künftig teurer? Und bedeutet das für die Arbeitnehmer in den Firmen, die diese Aufträge ausführen, einen höheren Lohn? Eine Klausel in der neuen Vergabeordnung der Stadt könnte dazu führen. Aber der Passus ist umstritten. Vertreter der Wirtschaft laufen Sturm.

**NEUBRANDENBURG.** Um ein klares Wort hat sich Hans-Jürgen Schwanke noch nie herumgedrückt. Also nimmt der Malermeister aus Neubrandenburg auch bei Entscheidungen, die er für falsch hält, kein Blatt vor den Mund. „Das können sich doch nur Sesselfurzer und Gewerkschafter ausgedacht haben“, macht der Unternehmer und Vize-Chef der Neubrandenburger CDU-Fraktion im Rathaus Front gegen einen Passus in der neuen Vergabeordnung, die die Stadtvertretung kürzlich beschlossen hat.

Hans-Jürgen Schwanke ist nicht allein in seinem Unmut. Als „handstreichartig“ bezeichnet auch Hans Brandt, Hauptgeschäftsführer des Allgemeinen Unternehmerverbandes Neubrandenburg (AUV), den Vorstoß der Linken, die in letzter Minute eine Tariftreueklausel vorschlugen. Und die Mehrheit der Stadtvertreter folgte dieser Idee und sagte Ja. Mit zwei Gegenstimmen – eine davon kam von Kreishandwerksmeister Hans-Jürgen Schwanke.

„Ich war selber etwas überrascht, dass der Antrag durchkam. Ich hatte eigentlich mit einem Scheitern gerechnet“, gibt Stadtvertreter Jan Kuhnert von den Linken zu, der den Änderungsantrag eingebracht hatte.

Wer als Unternehmer heutzutage Tariflöhne zahle, sei klar benachteiligt, damit müsse Schluss sein, so Kuhnert. Als die neue Vergabeordnung der Stadt im Vorfeld in den Ausschüssen diskutiert wurde, habe die Stadtverwaltung seine Frage nach der Tariftreue mit dem Verweis auf



Hat Handwerk in Neubrandenburg wirklich bald goldenen Boden? Die neu gefasste Vergabeordnung der Stadt sieht vor, dass Aufträge nach Tariflohn vergütet werden sollen.

FOTO: GÖRAN RACE - FOTOLIA.COM

das Landesgesetz vom Tisch gewischt. Doch da sei nur von Mindestlöhnen die Rede, nicht vom Tariflohn. Das sei zu wenig.

„Das kann die Stadt teuer zu stehen kommen“, halten Schwanke und Brandt sofort dagegen. Und das sieht man auch im Rathaus so. „Die geänderte Vergabeordnung wird zu Mehraufwendungen bei Auftragsvergaben führen. Die konkreten wirtschaftlichen Auswirkungen sind derzeit noch nicht absehbar“, erklärt Pressesprecherin Doreen Duchow. Das Städtische Immobilienmanagement prüfe zurzeit den Umgang mit der beschlossenen Änderung der Vergabeordnung. Rechtswidrig, so hat nach Duchows Angaben die Prüfung ergeben, sei der Beschluss allerdings nicht.

**Vorbildwirkung der Stadt wird angemahnt**

Aber die Wirtschaftsvertreter schimpfen über die zusätzliche Belastung für die Unternehmen, die in Neubrandenburg gerade erst durch eine Gewerbesteuererhöhung gebeutelt wurden. „Es ist ein Unding, wenn Ausschreibun-

gen durch vergabefremde Kriterien belastet werden“, hebt Hans Brandt einen weiteren Aspekt hervor. Er befürchtet, dass sich weniger Unternehmen aus der Region um öffentliche Aufträge bemühen werden. Außerdem werde die Kalkulation zum Problem. Jan Kuhnert kann diese Kritik nicht nachvollziehen. Kein Unternehmer müsse jetzt plötzlich für jeden Auftrag Tariflohn zahlen. Aber bei öffentlichen Aufträgen gehe es um Vorbildwirkung, die Stadt dürfe sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Wer junge Menschen in der Region behalten wolle, müsse diesen auch Perspektiven bieten. Und was zusätzlich in den Geldbeuteln der Arbeitnehmer lande, solle für mehr Kaufkraft und fließe so wieder an regionale Unternehmen zurück. „Wenn alle Firmen mit den gleichen Personalkosten kalkulieren können, setzt sich letztlich der am Markt durch, der die qualitativ beste Arbeit liefert“, macht der IG-Metall-Vertreter geltend.

Für die Stadt könnte es teurer werden, gibt Jan Kuhnert zu. Aber auf der

anderen Seite gebe es trotz Mindestlohns immer noch Aufstocker, also Leute, die zusätzlich zu ihrem Lohn Sozialzuschüsse beantragen müssten. Und wenn dies nicht mehr notwendig sei, entlaste das letztlich auch die Kommunen. „Wer 40 Stunden in der Woche arbeitet, muss vom Lohn leben können“, gibt er sein Credo wieder. Da ist er mit Malermeister Hans-Jürgen Schwanke sogar auf einer Wellenlänge. „Ich will doch niemanden ausbeuten. Es geht nicht darum, Leuten den Lohn zu beschneiden“, macht der Unternehmer deutlich. Wenn Neubrandenburg im Alleingang Aufträge nach Tarif bezahle, würden öffentliche Mittel und damit Steuergelder ohne Not verschleudert. Schwanke macht den Unterschied an einem Beispiel aus seiner Branche deutlich. Für

Maler betrage der Mindestlohn ab 1. Mai 10,90 Euro die Stunde. „Fachkräfte kriegen auch mehr“, erklärt er. Aber der Tariflohn liege bei 14,05 Euro. Das gebe der Markt nicht her.

Und der Unmut des Handwerksmeisters geht noch viel weiter. Wer solle die Durchsetzung der neuen Vergabeordnung denn kontrollieren? Der Zoll, der schon genug mit dem Mindestlohn zu tun habe? Schwanke sieht außerdem einen Widerspruch in sich, wenn im ersten Satz der neuen Regelung gefordert werde, dass bei jeder Vergabeentscheidung die Interessen der Stadt und das Gebot der Wirtschaftlichkeit zu beachten seien, aber im zweiten Satz Tariflöhne, die in der Region nahezu kein Unternehmen zahle, verlangt würden.

„Das Vertrauen der Wirtschaft in die Politik ist erschüttert“, ärgert sich AUV-Chef Hans Brandt, dass die Unternehmen von dem Vorstoß der Linken überrascht wurden. Es sei „politisch schlechter Stil“, so einen Antrag fünf Minuten vor der Abstimmung aus der Tasche zu ziehen. Für Hans-Jürgen Schwanke ist das letzter Wort in dieser Debatte noch nicht gesprochen. „Ich werde das Thema wieder auf die Tagesordnung setzen“, gibt er den Kampf noch nicht verloren.

**Kontakt zum Autor**  
j.franze@nordkurier.de